

Auch Portugal ist noch nicht ganz überm Berg

Musterschüler mit Schwachstellen

Portugal mag sich als reuiger Defizitsünder erwiesen haben. Noch immer sehen die externen Geldgeber, die dem Land im Jahr 2011 einen Notkredit gewährt hatten, aber Korrekturbedarf.

Thomas Fischer, Lissabon
28.7.2015

Noch war in der Euro-Gruppe das Gerangel um die Hilfe für Griechenland im Gang, da wagte in Portugal der Wirtschaftsjournalist Nicolau Santos eine politisch absolut inopportune Prognose für sein Land: «Wir sind das nächste Griechenland», überschrieb er kürzlich einen Leitartikel in der führenden Wochenzeitung «Expresso». Er sprach von «Konstruktionsfehlern» des Euro. Als unvermeidbare Folgen daraus für die peripheren Länder sah er deren enorme Verschuldung, die hohe Arbeitslosigkeit, eine drastische Senkungen der Arbeitskosten, die Verarmung der Familien, soziale Einschnitte und die Emigration qualifizierter Leute. Nur so werde sich Portugal im Euro halten können. Spanien und Italien drohten ähnliche Probleme. Einen «Pexit», analog zum Grexit, fände Santos aber nicht ratsam.

Noch nicht über den Berg

Gut ein Jahr nach Ablauf des Hilfsprogramms der externen Troika, die Portugal im Mai 2011 einen Notkredit über 78 Mrd. € eingeräumt hatte, verweist Ministerpräsident Passos Coelho gern auf Erfolge wie die Senkung des Haushaltsdefizits, eine Belebung der Wirtschaft und eine zwar noch hohe, aber doch sinkende Arbeitslosigkeit. Er sieht aber nicht nur eitel Sonnenschein. Zwar liegen die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen bei unter 3% und damit auf einem historisch tiefen Niveau. Passos Coelho fand es jüngst aber riskant, darauf zu vertrauen, dass die Zinsen in zwei Jahren weiterhin so niedrig sein würden. Im Vorfeld der Parlamentswahl vom 4. Oktober wollte der Führer der seit 2011 regierenden bürgerlichen Koalition wohl auch vor der Eile der oppositionellen Sozialisten zum Abbau einiger Austeritätsmassnahmen warnen.

Obwohl sich Portugal bei der Umsetzung des Memorandums über den Notkredit als Musterschüler gab, sehen auch die Geldgeber das Land noch nicht ganz überm Berg. Seit Ablauf des Programms kommen Missionen von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds alle sechs Monate zur Kontrolle. Vor einigen Tagen konstatierten EU-Kommission und EZB im Bericht über ihren zweiten solchen Besuch vom Juni eine graduelle Erholung der Wirtschaft, die dieses Jahr, so schätzen sie, um 1,6% wachsen dürfte. Sie erwarteten aber noch ein Haushaltsdefizit von 3,1% des Bruttoinlandprodukts (BIP), obwohl die Regierung ein Minus von nur 2,7% verspricht.

Risiken ab 2016 sehen EU und EZB zudem auch wegen der erwarteten Rücknahme einiger temporärer Konsolidierungsmassnahmen. In diese Rubrik fallen etwa Aufschläge auf die Einkommenssteuer und Salärkürzungen im Staatsdienst. Für einige politische Unruhe hatte in diesem Frühjahr die Ankündigung der Regierung gesorgt, bei der Sozialversicherung eine Finanzierungslücke von 600 Mio. € irgendwie schliessen zu wollen. Laut dem EU-Bericht kommen Reformen in der öffentlichen Verwaltung zwar voran, manche aber langsamer und mit geringerem Spareffekt als erwartet. Fortschritte gebe es ausserdem bei einigen wachstumsfördernden Strukturreformen. Seit dem vorherigen Kontrollbesuch im Herbst 2014 habe es aber keine grösseren neuen Reforminitiativen gegeben.

Anreize und Schikanen

Die Schwierigkeiten beim Abbau des Staatsdefizits stellen sich trotz drastischen Steuererhöhungen sowie Verbesserungen bei der Effizienz des Fiskus, die Griechenland als Vorbild dienen könnten. Mit der automatischen Kreuzung diverser Daten und neuen Meldepflichten für Selbständige und Unternehmen – die sich teilweise schikaniert fühlen – kommt der Staat Steuerhinterziehern leichter auf die Schliche. Ohne grosse Proteste ging die auch für kleine Läden und Cafés obligatorische Installation automatischer Kassen mit zertifizierter Software über die Bühne. Und als Anreiz für die Bürger, sich Quittungen mit Steuernummer ausstellen zu lassen, veranstaltet der Fiskus jede Woche die im Fernsehen ausgestrahlte Verlosung teurer Autos . Dennoch gibt es Indizien dafür, dass das Gewicht der Schattenwirtschaft eher zunimmt.

«Volle Tresore»

Die Meinungen der Fachleute über die Tragbarkeit der Staatsschuld gehen auseinander. Ende 2014 lag die Schuldenquote bei 130% des BIP, entsprechend 223,6 Mrd. €, verglichen mit rund 96% Ende 2010. Zu erklären ist der Anstieg nicht nur mit den Staatsdefiziten der letzten Jahre, sondern auch mit der Einbeziehung zusätzlicher Posten. Zudem hat die Regierung ein Finanzpolster von immerhin rund 17 Mrd. € angelegt, also von fast 10% des BIP. So ist sie, wie Finanzministerin Albuquerque sagte, mit «vollen Tresoren» für allfällige Stürme an den Finanzmärkten gewappnet.

Die überraschend einträglichen Privatisierungen der letzten Jahre, deren Erlöse überwiegend zur Tilgung öffentlicher Schulden dienen sollen, haben deren Anstieg letztlich nur bremsen können. Laut dem Memorandum über den Notkredit von 2011 sollten die Privatisierungen 5,5 Mrd. € einbringen, die erzielten Erlöse summieren sich indes auf über 9 Mrd. €. Diese Summe floss aber nicht in voller Höhe direkt an den Staat, zumal auch indirekte Positionen (etwa die Versicherungssparte der staatlichen Bank Caixa Geral de Depósitos) verkauft wurden. Allein die Verkäufe direkter Staatsanteile beim Stromkonzern EDP, beim Energienetzbetreiber REN, beim Flughafenkonzessionär ANA und bei der Post CTT brachten aber einen Erlös von rund 7,3 Mrd. €.

Der Anstieg der Schuldenquote widerspiegelt natürlich auch den Rückgang des BIP, das um rund 7% niedriger ist als im Vorkrisenjahr 2008. Für Portugal ist es ein schwacher Trost, dass die Wirtschaftsleistung viel weniger gefallen ist als die in Griechenland, das ein Minus von über 25% verzeichnete. Laut Daten von Eurostat rangierte Portugal 2014 mit einem kaufkraftbereinigten BIP von 78% des EU-Mittels somit deutlich vor Griechenland mit nur noch 72%.



Portugals Ministerpräsident Passos Coelho weist gern auf Erfolge wie die Senkung des Haushaltsdefizits, eine Belebung der Wirtschaft und eine zwar noch hohe, aber doch sinkende Arbeitslosigkeit hin (Aufnahme: Lissabon). (Bild: Francisco Seco / AP)